**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 50 (1970-1971)
**Heft:** 4: Presse in der Krise? : ein internationaler Querschnitt

**Artikel:** Deutschland : Das grosse Missbehagen
**Autor:** Renfordt, Karlheinz
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-162481

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Deutschland: Das grosse Missbehagen

KARLHEINZ RENFORDT

*Bedrängte Pressefreiheit*

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland wächst im Bereich der öffentlichen Meinung Misstrauen. Aber durch eine Reihe spektakulärer Ereignisse, wie beispielsweise der Kampagne gegen den mächtigen Springer-Konzern nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke, den Repräsentanten der jungen Linken in Deutschland, ist die Skepsis hier grösser und bewusster geworden. Immer wieder liest und hört man von «monopolistischer Kontrolle von Information und Meinungsäusserung», von der «Totalität der Diktatur der Meinungsmacher», vom «Rundfunk- und Fernsehmonopol», von der «Herrschaft bestimmter Verlagsgruppen und ihrer meinungspolitischen Gleichschaltung», von der «Manipulation der öffentlichen Meinung». Selbst in der wissenschaftlichen Literatur findet man Sätze wie: «Eben die monopolistische Publizistik ist es, die heute Staat und Gesellschaft, die die Demokratie aushöhlt und funktionsunfähig zu machen droht. Sie hat in alle Medien ... Einzug gehalten. Sie sind weithin monopolpublizistische Führungsmittel, eigenständige Beeinflussungsfaktoren der öffentlichen Meinungsbildung.»

Das Missbehagen an dem Wirken der Publikations-Medien ist nicht auf Leser, Hörer und Fernsehzuschauer beschränkt, sondern es hat ebenso viele Journalisten selbst erfasst. Die Sätze «die Zeitungen sind den Händen der Schriftsteller entwunden; das Zeitungswesen verfällt zusehends der Abhängigkeit; eine neue Tyrannei ist im Werden»; Notrufe eines enttäuschten Vorkämpfers der Pressefreiheit in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts haben eine neue Aktualität gewonnen. Wie damals die gerade errungene Pressefreiheit in den Händen oder unter dem Einfluss der aufstrebenden technisierten Grossverlage in Gefahr geriet, so fürchten auch heute ganze Zeitungsredaktionen um ihre Unabhängigkeit, weil der Konzentrationsprozess noch weit grössere Ausmasse angenommen hat.

Zwar garantiert die Verfassung der Bundesrepublik, das Grundgesetz, die Pressefreiheit, aber die Väter dieses Gesetzes hatten nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft vor allem die Gefahr einer Gleichschaltung des Pressewesens durch den Staat vor Augen. Dass es

auch andere Gefahren für eine unabhängige Informations- und Meinungsbildung geben könnte, übersahen sie. Die Verfassung hat nur im Artikel 5 des Grundgesetzes die Presse-, Film- und Rundfunkfreiheit als Grundrecht anerkannt. Wenngleich das Bundesverfassungsgericht die Feststellung getroffen hat, dass das Grundrecht der Pressefreiheit mehr bedeute als nur die Garantie der freien Meinungsäusserung mittels der Presse, und garantiert werde vielmehr in der Verfassung «die institutionelle Eigenständigkeit der Presse von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung der Nachricht und Meinung», so ist dies zu wenig Schutz, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Presse vor ihrer zweiten technischen Revolution steht.

### *Drucktechnik und Investitionen – unentrinnbarer Trend zur Konzentration*

Tiefgreifende Veränderungen bei der Zeitungsherstellung kündigen sich an. Das bisher verwandte Blei und der bisher übliche Setzmaschinensatz werden beispielsweise durch den elektrischen Lichtsatz abgelöst werden. Die Schrifttypen brauchen nicht mehr gegossen zu werden. Das Buchstabenbild wird in einer Geschwindigkeit von 200 bis 2000 Buchstaben in der Sekunde auf einen Film projiziert. Anstelle des heute noch in der Zeitungsbranche gebräuchlichen Rotationshochdrucks wird in naher Zukunft der Offsetdruck treten. Satzcomputer werden bald die Herstellung kompletter Zeitungsseiten durch spezielle Umbruchprogramme ermöglichen, die direkt über Fernsehsender den Abonnenten ins Haus geliefert werden können. Erste Versuche hat die auflagenstärkste Zeitung der Welt, die japanische «Asahi Shinbun», schon im September vorigen Jahres auf der Britischen Woche in Tokio vorgeführt.

Die im Laufe einer solchen Entwicklung notwendigen Investitionen werden den bereits deutlich gewordenen Konzentrationsprozess zweifellos noch weiter beschleunigen. Die Konzentration im Pressewesen ist deshalb so alarmierend, weil durch das Verschwinden selbständiger Zeitungen und das Abnehmen redaktioneller Einheiten die Gefahr von Informations- und Meinungsmonopolen wächst, zumal sich schon jetzt andeutet, dass Unternehmer, die bisher Zeitungen und Zeitschriften herausbrachten, sich mit grossen Buchverlagen zusammenschliessen und ausserdem auch für andere Medien Kassettenfernsehen, Schallplatten und Bänder produzieren. Allein in der Zeitungsbranche hat sich in der Bundesrepublik die Zahl der selbständigen publizistischen Einheiten von 225 im Dezember 1954 auf 154 im Februar 1968 verringert, wie aus der Stellungnahme der Bundesregierung zum Schlussbericht der von ihr eingesetzten Pressekommission hervorgeht. Vor allem kleine Zeitungen sind verschwunden oder tauchen nur noch als Kopfblätter anderer Regionalzusammenschlüsse auf. Konzentration und

Kooperation haben örtlich zu einem sogenannten «Lokalmonopol» einzelner Zeitungen geführt. Seit 1969 ist beispielsweise zum ersten Male in einem Bundesland, nämlich in Rheinland-Pfalz, fast die Hälfte – wenn man den eingeschränkten Wettbewerb einbezieht, fast zwei Drittel – der Einwohner ohne Auswahlmöglichkeit auf dem Zeitungsmarkt. Dies stellte Walter G. Schütz in einer Studie in der Zeitschrift «Publizistik» fest. Als Indiz für den Rückgang der Kreise mit höherer Zeitungsdichte weist Schütz auf die Situation in den Hauptstädten der Bundesländer hin: 1969 erschien in zwei Landeshauptstädten – Kiel und Mainz – nur noch eine örtliche Zeitung, in Wiesbaden werden zwei Zeitungen, jedoch von der gleichen Verlagsgruppe angeboten. Zwei Zeitungen stehen miteinander noch in Stuttgart, Saarbrücken und Bremen im Wettbewerb, drei Zeitungen nur noch in Düsseldorf und Hannover (hier jedoch zwei aus der gleichen Verlagsgruppe mit zum Teil identischem Inhalt). In Hamburg mit vier Zeitungen – darunter zwei Strassenverkaufszeitungen – aus zwei Verlagen sowie in München mit zwei Abonnements- und drei Strassenverkaufszeitungen aus drei Verlagen ist äusserlich eine überdurchschnittliche Zeitungsdichte festzustellen. West-Berlin nimmt mit vier Abonnements- und vier Strassenverkaufsblättern aus fünf Verlagen eine sonst nirgendwo im Bundesgebiet zu beobachtende Ausnahmestellung ein. Unter den 57 Städten mit mehr als 100000 Einwohnern im Bundesgebiet waren im August 1969 elf, das sind 19,3 Prozent aller Grossstädte, in denen nur noch eine örtliche Zeitung angeboten wurde. Bei diesen elf Städten handelt es sich um: Augsburg, Bremerhaven, Freiburg, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Koblenz, Lübeck, Mainz, Oldenburg, Osnabrück.

Nun ist natürlich Meinungsvielfalt nicht allein durch die Zahl von selbständigen Publikationsorganen garantiert, zumal bei dem Meinungsbildungsprozess auch andere Komponenten eine Rolle spielen: beispielsweise die überregionale Presse, obwohl auch hier beim Vergleich mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik – nicht zuletzt wegen des Fehlens eines politischen Zentrums, wie es Berlin bis 1945 war – eine starke Abnahme festzustellen ist. Damals erschienen rund 20, gegenwärtig nur sechs überregionale Tageszeitungen: «Frankfurter Allgemeine», «Die Welt», «Süddeutsche Zeitung», «Industriekurier», «Handelsblatt» und «Bild-Zeitung», wobei die «Bild-Zeitung» sowohl durch die hohe Auflage wie durch ihren Boulevardcharakter aus dem Rahmen der anderen Blätter fällt, die eher vom sogenannten «Opinionleader» gelesen werden. Da der Begriff «überregional» nicht eindeutig ist – gemeinhin wird darunter die Verbreitung einer Zeitung in der gesamten Bundesrepublik verstanden –, ist es fraglich, ob auch Presseorgane wie die «Frankfurter Rundschau» und die «Stuttgarter Zeitung» erwähnt werden müssten.

Bei der Untersuchung der inhaltlichen Merkmale der bundesrepublikanischen Presse zeigt sich, dass die echte Parteipresse im Vergleich zur Weimarer Republik stark abgenommen hat. Die «Frankfurter Allgemeine», die «Süddeutsche» und «Die Welt» erheben ebenso wie über 90 Prozent aller anderen Zeitungen der Bundesrepublik den Anspruch, unabhängig und überparteilich zu sein. Analysiert man allerdings allein die Kommentare der drei überregionalen Blätter, so ergibt sich, dass «Die Welt» und die «Frankfurter Allgemeine» mehr oder weniger der CDU zuneigen. Kurz nach seiner Einstellung sagte der derzeitige Chefredakteur der im Springer-Konzern erscheinenden «Welt», Kremp: «Ich bin ein Mann der Mitte.» In einem Fernsehinterview mit Werner Höfer sagte Kremp auf die Frage, ob er auch seine Mitarbeiter unter diesem Blickwinkel auswähle, die Orientierung zum «Prinzip der Mitte» würde er auch bei Auswahl und Lenkung seiner Mitarbeiter wirksam werden lassen. «Sehr weit nach links würde ich nicht gehen.» Kurz darauf schrieb das Nachrichtenmagazin der «Spiegel»: «Diesem Kredo der ersten Stunde ist Herbert Kremp bis heute treu geblieben. Der ehemalige Chefredakteur der CDU-nahen ‹Rheinischen Post› steuerte Springers Flaggschiff sorgsam rechts vorbei an den Positionen, die links von der CDU lagen und für ihn gefährliches Fahrwasser markierten.»

Als die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» nach der Regierungsbildung durch Sozialdemokraten und Liberale nach der letzten Bundestagswahl in den Geruch geriet, mehr und mehr im politischen Teil auf SPD-Kurs geraten zu sein, setzten sich drei der sechs Herausgeber dieser Zeitung, flankiert von der Verlagsleitung, über die sonst hier geübten kollegialen Formen hinweg und bewirkten, ohne die beiden anderen politischen Herausgeber zu befragen, die Lösung des Vertragsverhältnisses des dritten Herausgebers, des Leitartiklers Jürgen Tern, «eine der tragenden Säulen des Blattes». Zwar wurde nach dem Handstreich erklärt, dass dies nicht aus politischen Gründen erfolgt sei, aber die Stellungnahme Terns, das Echo von aussen sowie die Unruhe in der Redaktion haben Zweifel an dieser Erklärung bestehen lassen, wenngleich das grundsätzliche Bestreben zur Unabhängigkeit unter den Herausgebern nicht in Frage zu stellen ist.

Überwiegend SPD-freundlich verhält sich dagegen die dritte der grossen überregionalen Zeitungen, die «Süddeutsche», die auch in Wahlkämpfen für die SPD Partei ergriff. Unterstützt werden die Sozialdemokraten auch von der «Konzentration GmbH», wenngleich bei der ihr angehörenden über 20 Zeitungsverlage, die Zeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa 1,4 Millionen Exemplaren herausbringen, die institutionellen Einwirkungsmöglichkeiten auf ein Minimum reduziert worden sind. Die Verlage gehören auch nicht der «Konzentration», sondern die «Konzentration» gehört im

wesentlichen den Verlagen. Von dem Gesellschaftskapital von 150000 Mark der «Konzentration» hält der Schatzmeister der SPD, Alfred Nau, lediglich 10000 Mark und weitere 40000 Mark nominell; die anderen Anteile stellen kleinere und grössere Unternehmen. Zu der Gesellschaft zählen Blätter wie die «Hannoversche Presse», die «NRZ Neue Ruhr-Zeitung und Neue Rhein-Zeitung», der «Telegraf», die «Westfälische Rundschau».

Die CDU verfügt über keine eigene Tages- oder Wochenzeitung – allerdings haben 1947 zahlreiche Verleger und Journalisten, die der CDU angehören, den «Verein Union-Presse» gegründet. Die Zeitungen des Vereins sind wirtschaftlich selbständige, ohne organisatorische Verbindung mit der Partei arbeitende Unternehmen, die sich unter anderem die gemeinsame Behandlung von Tagesfragen zum Ziel gesetzt haben. Zu den Mitgliedsblättern des Vereins gehören beispielsweise die «Aachener Volkszeitung», die «Frankfurter Neue Presse», die «Kölnische Rundschau» sowie die «Rheinische Post». Einschliesslich aller Bezirks- und Lokalausgaben erreichen die Zeitungen des Vereins eine Auflage von rund einer Million Exemplaren.

### *Der Schatten Axel Springers*

Das mächtigste Presse-Imperium der Bundesrepublik ist der Springer-Konzern, der fünf Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von weit über fünf Millionen herausbringt; allein in über vier Millionen Exemplaren erscheint die «Bild-Zeitung». Zu diesen Publikationen kommen noch zwei Sonntagszeitungen und mehrere Publikumszeitschriften, darunter «Hör zu» mit annähernd 4 Millionen Auflage. Gegen solche Zusammenballung nehmen sich andere Unternehmen wie die in Essen erscheinende «Westdeutsche Allgemeine Zeitung», die grösste deutsche regionale Tageszeitung mit einer Auflage von etwa 500000 Exemplaren, nahezu klein aus, zumal bei Springer nach dem Bündnis mit dem grossen Verlagshaus Bertelsmann der Schritt zu anderen Massenmedien, vor allem einem breiten Büchermarkt, bereits getan ist.

Das Zusammengehen von Springer und Bertelsmann hat neuerlich vielen Furcht um die Pressefreiheit eingejagt. Beispiele von angeblichen Nachrichtenmanipulationen in Springer-Blättern hatten die Öffentlichkeit schon vorher unruhig gemacht. In einem Prozess, den Springer gegen die Wochenzeitschrift «Die Zeit» führte, weil sie in einem Artikel behauptet hatte, «Die Springer-Zeitungen verfälschen die Wahrheit», entschied dann auch das angerufene Gericht 1968 gegen den Konzern, weil der Vorwurf «Der Zeit» gerechtfertigt gewesen sei.

Der Fall ist sicher nicht ohne weiteres zu verallgemeinern, aber auch bei wahrhaftiger Berichterstattung ist die Gefahr einseitiger Unterrichtung nicht

gebannt. Wenn man bedenkt, dass allein die «Deutsche Presse-Agentur» an jedem Tag etwa 800000 Worte zugeschrieben erhält, aber nur etwa 90000 wieder weiterverbreitet und davon oft nur ein geringer Teil von den Abnehmern schliesslich veröffentlicht wird, wird klar, welcher Auswahlprozess im einzelnen stattfindet. Zwar gibt es ja nicht nur die Zeitungen, sondern Information kann durch vielfältige Medien geschehen, die teilweise im Wettbewerb sind. Allerdings ist bisher noch nicht erwiesen, ob beispielsweise beim Wettbewerb zwischen Fernsehen und Zeitungen die Zeitung durch das Fernsehen an Bedeutung und Einfluss verliert und in besorgniserregendem Masse Anzeigeneinbussen hinnehmen muss. Manche Beobachtungen deuten eher eine gegenseitige Ergänzung an. Die Zeitung allgemein gesehen hat durchaus weiter Zukunftschancen; was allerdings in Gefahr geraten kann, ist die Pressefreiheit. Gerade durch den Konzentrationsprozess der Presse wird vielen deutlich, dass es sich bei der Pressefreiheit in der Bundesrepublik um eine Verlegerfreiheit handelt. Dies hat bei vielen Journalisten zu dem Bestreben geführt, eine Regelung zu erwirken, die den einzelnen Redakteuren und Redaktionen eine «innere Pressefreiheit» gegenüber dem Verleger gewähren. Einige Redaktionsstatute sind schon verabschiedet worden.

### *Pressefreiheit in einer mündigen Gesellschaft*

Die Kernfrage bei dem Nachdenken über die derzeitige garantierte Pressefreiheit in der Bundesrepublik ist: Reicht sie aus, um der Presse die Aufgabe, die sie in einer mündig gewordenen Gesellschaft zu erfüllen hat, zu ermöglichen? Wenn man erwartet – und dies tut man –, dass der Bürger immer grösseren aktiven Anteil am Mitgestalten des gesellschaftlichen Lebens haben muss, dass heisst, wenn der Demokratisierungsprozess in allen Teilbereichen des menschlichen Lebens fortschreiten soll, dann kommt man zu dem Schluss, dass die gegenwärtigen Regelungen nicht ausreichen. Denn Demokratie kann nur im gegenseitigen Gespräch miteinander, in der geistigen Auseinandersetzung, im offenen Austragen von Konflikten zwischen einzelnen Gruppen erhalten werden und wachsen. Diese notwendige Entwicklung kann aber bei einer Monopolisierung, ja schon bei der jetzigen Struktur der Presse gestört werden. Nach den Erfahrungen, die Verstaatlichungen in sozialistischen und faschistischen Ländern gezeigt haben, scheidet eine solche radikale Massnahme von vornherein aus. Öffentlichrechtliche Konstruktionen neigen, wie man in der Bundesrepublik sieht, zu übermässigem Bürokratismus, und sie bergen auch für die Kontrollorgane die Verlockung in sich, ohne auf die Pluralität der Meinungen genügend acht zu haben, sich einzumischen. Ein durch Marktanteil korrigiertes liberales Gleichgewichts-

modell in der Presse kommt bei dem Streben nach rationellem Wirtschaften mit der Neigung zu Grossunternehmen in Konflikt.

In Journalistenkreisen wird oft als eine Lösungsmöglichkeit der schwierigen Fragen mit dem «‹Le-Monde›-Modell» geliebäugelt. Die angesehene französische Zeitung ist im Besitz der Redakteure und Angestellten. Aber vielleicht ist die Lösung nur so attraktiv, weil «Le Monde» eine so gute Zeitung ist. Bei den Erörterungen in der Bundesrepublik spielt auch die Stiftungsform im Zeitungswesen eine grosse Rolle; die «Frankfurter Allgemeine» ist so strukturiert. Allerdings – seit, trotz des Stiftungscharakters, in Frankfurt der Mitherausgeber Jürgen Tern durch listigen Umgang mit der Satzung herausgedrängt wurde, sind viele skeptisch geworden. Dennoch, eine Einrichtung ist nicht deshalb schlecht, weil ein Statut unzulänglich formuliert war und einer entschlossenen Gruppe Raum zu einem Handstreich gab. Alfred Gerschel, Justitiar des Deutschen Journalistenverbandes, schreibt zum Thema Stiftung: «Die Satzung einer Stiftung kann bei einem Pressebetrieb die ideelle Zielsetzung des Presseorgans sowie die Art und Weise, wie es zu führen ist, unter Einschluss eines Redaktionsstatuts und mit einer gewissen Flexibilität für veränderte Marktverhältnisse, unwandelbar und durch die Stiftungsaufsicht nachprüfbar ‹festlegen›.» Die Stiftungsform besitzt also nach wie vor Attraktivität für die notwendigen Überlegungen, die Presse zu demokratisieren und die Vielfalt der Meinungen zu erhalten.

# Frankreich: Zwischen pressepolitischen Idealen und wirtschaftlichen Realitäten

JACQUES FAUVET

## *Neuanfang 1944/45*

In der Geschichte der französischen Presse ereignete sich nach dem letzten Krieg eine entscheidende Umwälzung: Alle Zeitungen, die während der deutschen Besetzung erschienen waren, wurden verboten, ihre Namen ein für allemal untersagt, die leitenden Verantwortlichen gerichtlich verfolgt, ihr Kapital konfisziert und den von der Résistance gegründeten Zeitungen zugesprochen.